



Vorlage 2006

Wasser, Wärme, Tiefgaragen

Nr.

Geschäftszeichen: 81
21. März 2006

ATU	29.03.2006	§	nö	Beratung
GR	12.04.2006	§	ö	Beschluss
		§		

Thema

Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern

Beschlussantrag

Die Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern gemäß Anlage 1 wird beschlossen

gez.
Bock
Kaufm. Werkleiter

gez.
Fahrlaender
Techn. Werkleiter
1. Bürgermeister

gez.
Bolay
Oberbürgermeister

Erläuterungen

Die Änderung der Satzung wird notwendig durch die Ablösung des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) und des Manteltarifvertrags für Arbeiter (BMT-G) durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit Wirkung zum 1. Oktober 2005. Zusätzlich werden weitere Anpassungen der Satzung vorgeschlagen.

Die Änderungen im Einzelnen:

- In § 1 wird die Bezeichnung Blockheizwerk durch den Oberbegriff Nahwärmeversorgung ersetzt. Ebenso erfolgt eine Ergänzung um den Betriebszweig „Stromerzeugung durch Photovoltaik“
- In § 3 Abs. 3 Nr. 13 erfolgt die Umstellung auf die neuen Entgeltgruppen nach TVöD. Gleichzeitig wird eine Anpassung an die Regelungen der Hauptsatzung vorgeschlagen.
- Die noch in der Satzung enthaltenen DM-Beträge werden gestrichen. Es verbleiben dann die Euro-Beträge lt. Euro-Umstellung (Vorlage 71/2001)
- In § 4 Abs. 5 wird der Begriff „Fachbeamter für das Finanzwesen“ durch „Fachbediensteter für das Finanzwesen“ ersetzt. (Anpassung an Gemeindeordnung und Eigenbetriebsgesetz).

Anlagen:

Anlage 1: Satzungstext

Anlage 2: Synopse

Betriebssatzung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und § 3 Absatz 2 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) hat der Gemeinderat der Stadt Ostfildern am folgende Betriebssatzung beschlossen:

§ 1 Gegenstand und Name des Eigenbetriebes

- (1) Die Wasserversorgung, die Nahwärmeversorgung Nellingen, die Abwasserbeseitigung, die Tiefgaragen Klosterhof und an der Halle der Stadt Ostfildern, sind zu einem Eigenbetrieb zusammengefasst und werden unter der Bezeichnung "Stadtwerke Ostfildern" (SWO) als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz und dieser Satzung geführt.
- (2) Der Eigenbetrieb einschließlich seiner Hilfs- und Nebenbetriebe versorgt das Stadtgebiet mit Trinkwasser sowie Teilbereiche mit Wärme und erzeugt Strom durch Photovoltaik. Er stellt die Tiefgaragen als öffentliche Parkierungseinrichtungen zur Verfügung und nimmt die Aufgaben der Stadt als Beseitigungspflichtige für das auf ihrer Gemarkung anfallende Abwasser nach Bundes- und Landesrecht sowie nach den ortsrechtlichen Vorschriften wahr.
- (3) Der Eigenbetrieb betreibt alle seine Betriebszwecke fördernden oder diese wirtschaftlich berührenden Geschäfte.

§ 2 Gemeinderat der Stadt Ostfildern

Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und das Eigenbetriebsgesetz vorbehalten sind, u. a. die Tarif- und Lieferbedingungen der Wasserversorgung im Rahmen der Wasserversorgungssatzung und die Tarif- und Entsorgungsbedingungen der Abwasserbeseitigung im Rahmen der Abwasserentsorgung der Stadt Ostfildern.

§ 3 Werksausschuss

- (1) Der nach der Hauptsatzung der Stadt gebildete Ausschuss für Technik und Umwelt ist zugleich Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs. Er führt die Bezeichnung "Werksausschuss der Stadtwerke Ostfildern".
- (2) Der Werksausschuss berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes vor, die der Entscheidung des Gemeinderats vorbehalten sind.
- (3) Der Werksausschuss entscheidet, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist, insbesondere über:
 1. Die Festsetzung der allgemeinen Lieferbedingungen für Wärmeabnehmer und der allgemeinen Tarif- und Einstellbedingungen für die Tiefgaragen des Eigenbetriebs
 2. den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt

3. die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt
4. die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Belastung im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt
5. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichen Vermögensgegenständen bei einem jährlichen Nutzungsentgelt von mehr als 7.500 €, aber nicht mehr als 25.000 € im Einzelfall
6. die Ausführung vom Bauvorhaben (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 25.000 €, aber nicht mehr 250.000 €, unabhängig davon, ob es sich um eine Maßnahme des Vermögensplans oder des Erfolgsplans handelt
7. den Erwerb anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 25.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt
8. die Veräußerung anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn der Wert des Gegenstandes 5.000 € bis 25.000 € nicht übersteigt
9. die Aufnahme von Darlehen von mehr als 250.000 € bis 500.000 € im Rahmen der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditermächtigung
10. die Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von mehr als 5.000 €, aber nicht mehr als 25.000 €
11. der Verzicht auf Ansprüche des Eigenbetriebes einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, wenn der Anspruch im Einzelfall mehr als 5.000 €, aber nicht mehr als 25.000 € beträgt
12. die Stundung von Forderungen von mehr als 3 Monaten, soweit sie im Einzelfall mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 100.000 € beträgt
13. die Ernennung, Einstellung und Entlassung von Beamten des gehobenen Dienstes in Besoldungsgruppe A 11 und A 12 sowie von Beschäftigten der Entgeltgruppen TVöD E 11 und 12 mit Ausnahme der für die Dauer von bis zu sechs Monaten befristet Beschäftigten.
14. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen im Erfolgsplan, sofern sie nicht unabweisbar sind
15. die Zustimmung zu Mehrausgaben im Vermögensplan, die für das einzelne Vorhaben erheblich sind. Eine Mehrausgabe gilt als erheblich, wenn sie den Planansatz um mehr als 10.000 € bis 150.000 € überschreitet
16. den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Wasserbezugsverträgen

17. die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfil-
dern.

§ 4 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung besteht aus einem gleichberechtigten kaufmännischen und einem technischen Werkleiter. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Werkleitung entscheidet der Oberbürgermeister.
- (2) Der Oberbürgermeister regelt die Geschäftsverteilung innerhalb der Werkleitung mit Zustimmung des Werksausschusses durch die Geschäftsordnung.
- (3) Der Werkleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung und die Entscheidung in allen Angelegenheiten des Betriebs, soweit nicht der Gemeinderat oder der Werksausschuss zuständig ist.

Dazu gehören die Aufnahme der im Vermögensplan vorgesehenen Kredite, die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge sowie alle sonstigen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung und Wirtschaftlichkeit des Betriebs notwendig sind, insbesondere der Einsatz des Personals, die Anordnung von Instandsetzungen, die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung.

- (4) Die Werkleitung hat den Oberbürgermeister und den Werksausschuss mindestens halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.
- (5) Die Werkleitung hat dem Fachbediensteten für das Finanzwesen der Stadt alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Stadt berühren. Sie hat ihm insbesondere den Entwurf des Wirtschaftsplanes mit Finanzplan, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Zwischenberichte an den Oberbürgermeister (Abs. 4) zuzuleiten.
- (6) Die Werkleitung vertritt die Stadt im Rahmen ihrer Aufgaben.
- (7) Vertretungsberechtigt ist jeder der beiden Werkleiter allein, im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter.
- (8) Die Werkleiter können Beamte und Angestellte in bestimmtem Umfang mit ihrer Vertretung beauftragen; in einzelnen Angelegenheiten können sie rechtsgeschäftliche Vollmacht erteilen. Die Beauftragung und die Erteilung rechtsgeschäftlicher Vollmachten bedürfen der Zustimmung des Oberbürgermeisters.
- (9) Verpflichtungserklärungen im Sinne von § 54 Abs. 1 GemO sind von beiden Werkleitern oder von einem Werkleiter gemeinschaftlich mit einem Vertretungsberechtigten Beamten oder Angestellten zu unterzeichnen.

§ 5 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird auf 2,25 Mio. € festgesetzt.

§ 6 Wirtschaftsjahr, Wertgrenzen

- (1) Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs ist das Kalenderjahr.
- (2) Soweit in dieser Satzung Wertgrenzen genannt sind, gelten diese ohne Umsatzsteuer. Ausgenommen hiervon ist der Bereich der Abwasserbeseitigung

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Betriebssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 27.06.2001 außer Kraft.

Betriebssatzung des Eigenbetriebs Hallenbäder Ostfildern

Alte Fassung	Neue Fassung
<p>Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und § 3 Absatz 2 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) hat der Gemeinderat der Stadt Ostfildern am 27.06.2001 folgende Betriebssatzung beschlossen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Gegenstand und Name des Eigenbetriebes</p> <p>(1) Die Wasserversorgung, das Blockheizwerk Nellingen, die Abwasserbeseitigung, die Tiefgaragen Klosterhof und an der Halle der Stadt Ostfildern, sind zu einem Eigenbetrieb zusammengefaßt und werden unter der Bezeichnung "Stadtwerke Ostfildern" (SWO) als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz und dieser Satzung geführt.</p> <p>(2) Der Eigenbetrieb einschließlich seiner Hilfs- und Nebenbetriebe versorgt das Stadtgebiet mit Trinkwasser sowie Teilbereiche mit Fernwärme, stellt die Tiefgaragen als öffentliche Parkierungseinrichtungen zur Verfügung und nimmt die Aufgaben der Stadt als Beseitigungspflichtige für das auf ihrer Gemarkung anfallende Abwasser nach Bundes- und Landesrecht sowie nach den ortsrechtlichen Vorschriften wahr.</p> <p>(3) Der Eigenbetrieb betreibt alle seine Betriebszwecke fördernden oder diese wirtschaftlich berührenden Geschäfte.</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Gemeinderat der Stadt Ostfildern</p> <p>Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und das Eigenbetriebsgesetz vorbehalten sind, u. a. die Tarif- und Lieferbedingungen der Wasserversorgung im Rahmen der Wasserversorgungssatzung und die Tarif- und Entsorgungsbedingungen der Abwasserbeseitigung im Rahmen der Abwasserentsorgung der Stadt Ostfildern.</p> <p style="text-align: center;">§ 3 Werksausschuss</p> <p>(1) Der nach der Hauptsatzung der Stadt gebildete Ausschuss für Technik und Umwelt ist zugleich Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs. Er führt die Bezeichnung "Werksausschuss der Stadtwerke Ostfildern".</p>	<p>Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und § 3 Absatz 2 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) hat der Gemeinderat der Stadt Ostfildern am folgende Betriebssatzung beschlossen:</p> <p style="text-align: center;">§ 1 Gegenstand und Name des Eigenbetriebes</p> <p>(1) Die Wasserversorgung, die Nahwärmeversorgung Nellingen, die Abwasserbeseitigung, die Tiefgaragen Klosterhof und an der Halle der Stadt Ostfildern, sind zu einem Eigenbetrieb zusammengefasst und werden unter der Bezeichnung "Stadtwerke Ostfildern" (SWO) als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz und dieser Satzung geführt.</p> <p>(2) Der Eigenbetrieb einschließlich seiner Hilfs- und Nebenbetriebe versorgt das Stadtgebiet mit Trinkwasser sowie Teilbereiche mit Wärme und erzeugt Strom durch Photovoltaik. Er stellt die Tiefgaragen als öffentliche Parkierungseinrichtungen zur Verfügung und nimmt die Aufgaben der Stadt als Beseitigungspflichtige für das auf ihrer Gemarkung anfallende Abwasser nach Bundes- und Landesrecht sowie nach den ortsrechtlichen Vorschriften wahr.</p> <p>(3) Der Eigenbetrieb betreibt alle seine Betriebszwecke fördernden oder diese wirtschaftlich berührenden Geschäfte.</p> <p style="text-align: center;">§ 2 Gemeinderat der Stadt Ostfildern</p> <p>Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und das Eigenbetriebsgesetz vorbehalten sind, u. a. die Tarif- und Lieferbedingungen der Wasserversorgung im Rahmen der Wasserversorgungssatzung und die Tarif- und Entsorgungsbedingungen der Abwasserbeseitigung im Rahmen der Abwasserentsorgung der Stadt Ostfildern.</p> <p style="text-align: center;">§ 3 Werksausschuss</p> <p>(1) Der nach der Hauptsatzung der Stadt gebildete Ausschuss für Technik und Umwelt ist zugleich Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs. Er führt die Bezeichnung "Werksausschuss der Stadtwerke Ostfildern".</p>

<p>(2) Der Werksausschuss berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes vor, die der Entscheidung des Gemeinderats vorbehalten sind.</p>	<p>(2) Der Werksausschuss berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes vor, die der Entscheidung des Gemeinderats vorbehalten sind.</p>
<p>(3) Der Werksausschuss entscheidet, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist, insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Festsetzung der allgemeinen Lieferbedingungen für Wärmeabnehmer des Blockheizwerkes und die allgemeine Tarif- und Einstellbedingungen für die Tiefgaragen des Eigenbetriebs 2. den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 30.000 DM (15.000 €) bis 300.000 DM (150.000 €) nicht übersteigt 3. die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert im Einzelfall 30.000 DM (15.000 €) bis 300.000 DM (150.000 €) nicht übersteigt 4. die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Belastung im Einzelfall 30.000 DM (15.000 €) bis 300.000 DM (150.000 €) nicht übersteigt 5. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichen Vermögensgegenständen bei einem jährlichen Nutzungsentgelt von mehr als 15.000 DM (7.500 €), aber nicht mehr als 50.000 DM (25.000 €) im Einzelfall 6. die Ausführung vom Bauvorhaben (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 50.000 DM (25.000 €), aber nicht mehr 500.000 DM (250.000 €), unabhängig davon, ob es sich um eine Maßnahme des Vermögensplans oder des Erfolgsplans handelt 7. den Erwerb anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 50.000 DM (25.000 €) bis 300.000 DM (150.000 €) nicht übersteigt 8. die Veräußerung anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn der 	<p>(3) Der Werksausschuss entscheidet, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist, insbesondere über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Festsetzung der allgemeinen Lieferbedingungen für Wärmeabnehmer und der allgemeinen Tarif- und Einstellbedingungen für die Tiefgaragen des Eigenbetriebs 2. den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt 3. die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt 4. die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Belastung im Einzelfall 15.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt 5. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichen Vermögensgegenständen bei einem jährlichen Nutzungsentgelt von mehr als 7.500 €, aber nicht mehr als 25.000 € im Einzelfall 6. die Ausführung vom Bauvorhaben (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 25.000 €, aber nicht mehr 250.000 €, unabhängig davon, ob es sich um eine Maßnahme des Vermögensplans oder des Erfolgsplans handelt 7. den Erwerb anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 25.000 € bis 150.000 € nicht übersteigt 8. die Veräußerung anderer Gegenstände des Anlagevermögens, wenn der

<p>Wert des Gegenstandes 10.000 DM (5.000 €) bis 50.000 DM (25.000 €) nicht übersteigt</p> <p>9. die Aufnahme von Darlehen von mehr als 500.000 DM (250.000 €) bis 1,0 Mio. DM (500.000 €) im Rahmen der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditermächtigung</p> <p>10. die Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von mehr als 10.000 DM (5.000 €), aber nicht mehr als 50.000 DM (25.000 €)</p> <p>11. der Verzicht auf Ansprüche des Eigenbetriebes einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, wenn der Anspruch im Einzelfall mehr als 10.000 DM (5.000 €), aber nicht mehr als 50.000 DM (25.000 €) beträgt</p> <p>12. die Stundung von Forderungen von mehr als 3 Monaten, soweit sie im Einzelfall mehr als 20.000 DM (10.000 €), aber nicht mehr als 200.000 DM (100.000 €) beträgt</p> <p>13. die Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen der beim Eigenbetrieb beschäftigten Angestellten ab Vergütungsgruppe BAT IVb bis BAT III. Davon ausgenommen sind Aushilfsangestellte und Höhergruppierungen im Wege des Bewährungsaufstieges</p> <p>14. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen im Erfolgsplan, sofern sie nicht unabweisbar sind</p> <p>15. die Zustimmung zu Mehrausgaben im Vermögensplan, die für das einzelne Vorhaben erheblich sind. Eine Mehrausgabe gilt als erheblich, wenn sie den Planansatz um mehr als 20.000 DM (10.000 €) bis 300.000 DM (150.000 €) überschreitet</p> <p>16. den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Wasserbezugsverträgen</p> <p>17. die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern.</p>	<p>Wert des Gegenstandes 5.000 € bis 25.000 € nicht übersteigt</p> <p>9. die Aufnahme von Darlehen von mehr als 250.000 € bis 500.000 € im Rahmen der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditermächtigung</p> <p>10. die Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von mehr als 5.000 €, aber nicht mehr als 25.000 €</p> <p>11. der Verzicht auf Ansprüche des Eigenbetriebes einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, wenn der Anspruch im Einzelfall mehr als 5.000 €, aber nicht mehr als 25.000 € beträgt</p> <p>12. die Stundung von Forderungen von mehr als 3 Monaten, soweit sie im Einzelfall mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 100.000 € beträgt</p> <p>13. die Ernennung, Einstellung und Entlassung von Beamten des gehobenen Dienstes in Besoldungsgruppe A 11 und A 12 sowie von Beschäftigten der Entgeltgruppen TVöD E 11 und 12 mit Ausnahme der für die Dauer von bis zu sechs Monaten befristet Beschäftigten.</p> <p>14. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen im Erfolgsplan, sofern sie nicht unabweisbar sind</p> <p>15. die Zustimmung zu Mehrausgaben im Vermögensplan, die für das einzelne Vorhaben erheblich sind. Eine Mehrausgabe gilt als erheblich, wenn sie den Planansatz um mehr als 10.000 € bis 150.000 € überschreitet</p> <p>16. den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Wasserbezugsverträgen</p> <p>17. die Zustimmung zur Geschäftsordnung des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern.</p>
---	---

§ 4 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung besteht aus einem gleichberechtigten kaufmännischen und einem technischen Werkleiter. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Werkleitung entscheidet der Oberbürgermeister.
- (2) Der Oberbürgermeister regelt die Geschäftsverteilung innerhalb der Werkleitung mit Zustimmung des Werksausschusses durch die Geschäftsordnung.
- (3) Der Werkleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung und die Entscheidung in allen Angelegenheiten des Betriebs, soweit nicht der Gemeinderat oder der Werksausschuss zuständig ist.

Dazu gehören die Aufnahme der im Vermögensplan vorgesehenen Kredite, die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge sowie alle sonstigen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung und Wirtschaftlichkeit des Betriebs notwendig sind, insbesondere der Einsatz des Personals, die Anordnung von Instandsetzungen, die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung.

- (4) Die Werkleitung hat den Oberbürgermeister und den Werksausschuss mindestens halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.
- (5) Die Werkleitung hat dem Fachbeamten für das Finanzwesen der Stadt alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Stadt berühren. Sie hat ihm insbesondere den Entwurf des Wirtschaftsplanes mit Finanzplan, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Zwischenberichte an den Oberbürgermeister (Abs. 4) zuzuleiten.
- (6) Die Werkleitung vertritt die Stadt im Rahmen ihrer Aufgaben.
- (7) Vertretungsberechtigt ist jeder der beiden Werkleiter allein, im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter.
- (8) Die Werkleiter können Beamte und Angestellte in bestimmtem Umfang mit ihrer Vertretung beauftragen; in einzelnen Angelegenheiten können sie rechtsgeschäftliche Vollmacht erteilen. Die Beauftragung und die Erteilung rechtsgeschäftlicher Vollmachten bedürfen der Zustimmung des

§ 4 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung besteht aus einem gleichberechtigten kaufmännischen und einem technischen Werkleiter. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Werkleitung entscheidet der Oberbürgermeister.
- (2) Der Oberbürgermeister regelt die Geschäftsverteilung innerhalb der Werkleitung mit Zustimmung des Werksausschusses durch die Geschäftsordnung.
- (3) Der Werkleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung und die Entscheidung in allen Angelegenheiten des Betriebs, soweit nicht der Gemeinderat oder der Werksausschuss zuständig ist.

Dazu gehören die Aufnahme der im Vermögensplan vorgesehenen Kredite, die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge sowie alle sonstigen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung und Wirtschaftlichkeit des Betriebs notwendig sind, insbesondere der Einsatz des Personals, die Anordnung von Instandsetzungen, die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung.

- (4) Die Werkleitung hat den Oberbürgermeister und den Werksausschuss mindestens halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.
- (5) Die Werkleitung hat dem Fachbediensteten für das Finanzwesen der Stadt alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Stadt berühren. Sie hat ihm insbesondere den Entwurf des Wirtschaftsplanes mit Finanzplan, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Zwischenberichte an den Oberbürgermeister (Abs. 4) zuzuleiten.
- (7) Die Werkleitung vertritt die Stadt im Rahmen ihrer Aufgaben.
- (7) Vertretungsberechtigt ist jeder der beiden Werkleiter allein, im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter.
- (8) Die Werkleiter können Beamte und Angestellte in bestimmtem Umfang mit ihrer Vertretung beauftragen; in einzelnen Angelegenheiten können sie rechtsgeschäftliche Vollmacht erteilen. Die Beauftragung und die Erteilung rechtsgeschäftlicher Vollmachten bedürfen der Zustimmung des

<p>Oberbürgermeisters.</p> <p>(9) Verpflichtungserklärungen im Sinne von § 54 Abs. 1 GemO sind von beiden Werkleitern oder von einem Werkleiter gemeinschaftlich mit einem Vertretungsberechtigten Beamten oder Angestellten zu unterzeichnen.</p> <p style="text-align: center;">§ 5 Stammkapital</p> <p>Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird auf 4,5 Mio. DM (2,25 Mio. €) festgesetzt.</p> <p style="text-align: center;">§ 6 Wirtschaftsjahr, Wertgrenzen</p> <p>(1) Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs ist das Kalenderjahr.</p> <p>(2) Soweit in dieser Satzung Wertgrenzen genannt sind, gelten diese ohne Umsatzsteuer. Ausgenommen hiervon ist der Bereich der Abwasserbeseitigung</p> <p style="text-align: center;">§ 7 In-Kraft-Treten</p> <p>(1) Diese Betriebssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 01.01.2000 außer Kraft.</p> <p>(2) Die genannten Euro-Beträge treten zum 01.01.2002 in Kraft. Gleichzeitig treten die genannten DM-Beträge außer Kraft.</p>	<p>Oberbürgermeisters.</p> <p>(9) Verpflichtungserklärungen im Sinne von § 54 Abs. 1 GemO sind von beiden Werkleitern oder von einem Werkleiter gemeinschaftlich mit einem Vertretungsberechtigten Beamten oder Angestellten zu unterzeichnen.</p> <p style="text-align: center;">§ 5 Stammkapital</p> <p>Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird auf 2,25 Mio. € festgesetzt.</p> <p style="text-align: center;">§ 6 Wirtschaftsjahr, Wertgrenzen</p> <p>(2) Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebs ist das Kalenderjahr.</p> <p>(2) Soweit in dieser Satzung Wertgrenzen genannt sind, gelten diese ohne Umsatzsteuer. Ausgenommen hiervon ist der Bereich der Abwasserbeseitigung</p> <p style="text-align: center;">§ 7 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Betriebssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 27.06.2001 außer Kraft.</p>
---	---